



**Wirtschaftspartnerschaftsabkommen / Economic Partnership Agreements
Laufende Verhandlungen, Ratifizierung im Bundestag
Gespräch mit Amtskolleg/innen aus AKP-Staaten**

Sehr geehrte Frau Abgeordnete, sehr geehrter Herr Abgeordneter,

mit diesem Schreiben möchten wir unsere entwicklungspolitischen und menschenrechtlichen Bedenken bezüglich des geplanten Abschlusses von Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (WPA, engl. EPAs) zwischen der EU und den Staaten Afrikas, der Karibik und des pazifischen Raums (AKP) äußern und Sie bitten, sich kritisch mit diesen Abkommen auseinanderzusetzen.

Bisher wurde lediglich mit der karibischen Region ein umfassendes Abkommen abgeschlossen, das u. a. auch die Bereiche Dienstleistungen und Investitionen umfasst. In den vier afrikanischen und in der pazifischen Region haben nur einzelne Staaten Interim-Abkommen paraphiert, die bisher nur den Warenhandel umfassen. Die Verhandlungen über umfassende regionale Abkommen werden jedoch fortgesetzt. Nach der Unterzeichnung der ersten Abkommen beginnt nun der Ratifizierungsprozess. Vermutlich noch in der aktuellen Legislaturperiode wird der Bundestag über die Ratifizierung des karibischen EPAs entscheiden müssen.

Gemäß dem Cotonou-Abkommen sollen die EPAs einen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung und zur regionalen Integration der AKP-Staaten leisten. Die nun vorliegenden Abkommen stellen, basierend auf bisherigen Erfahrungen mit Freihandelsabkommen, eher eine Bedrohung als eine Förderung von nachhaltiger Entwicklung in den AKP-Staaten dar. Ein Inkrafttreten dieser Freihandelsabkommen würde Produzenten in den AKP-Staaten der kaum eingeschränkten Konkurrenz billigerer, teils subventionierter Importe aus der EU aussetzen. Die vorgesehenen Schutzinstrumente sind völlig unzureichend. Es drohen eine massive Deindustrialisierung und die Verletzung sozialer Menschenrechte von Millionen Menschen. Wir möchten Sie bitten, diese Bedenken, die wir mit vielen Menschen in den AKP-Staaten teilen, im Laufe der bevorstehenden Befassung im Bundestag zu berücksichtigen. Im Anhang zu diesem Brief finden Sie eine detaillierte Übersicht über die Aspekte der Abkommen, die wir besonders problematisch finden.

Viele Regierungen der AKP-Länder haben öffentlich erklärt, dass sie die Interim-EPAs nur abgeschlossen haben, weil ihnen sonst der Entzug von Marktzugangspräferenzen drohte. In allen Vertragstexten gibt es noch zahlreiche strittige Fragen, die eine Neuverhandlung der Interim-EPAs notwendig machen. Bereits am 13. Dezember 2007 hat der AKP-Ministerrat deshalb ihre Revision gefordert.

Die Europäische Kommission hat stets erklärt, dass sie die strittigen Fragen nur im Rahmen der laufenden Verhandlungen über regionale, vollständige EPAs neu verhandeln möchte. Die Folge dieser Vorgehensweise ist jedoch, dass die AKP-Länder in der Zwischenzeit zur Unterzeichnung rechtsverbindlicher Abkommen gedrängt werden, deren Bestimmungen ihren Interessen entgegenstehen und die entwicklungspolitisch höchst problematisch sind: Eine Ratifizierung von Interim-Abkommen in europäischen Parlamenten würde den Handlungsspielraum der AKP-Staaten in den noch laufenden Verhandlungen zu umfassenden EPAs erheblich einschränken.

Wahrscheinlich haben Sie in den letzten Monaten von Bürger/innen ihres Wahlkreises Postkarten des StopEPA-Bündnisses erhalten. In diesen wurden Sie gebeten, sich dafür einzusetzen, dass die EU die EPAs in der bestehenden Form zurücknimmt und sich für Alternativen offen zeigt. Dienstleistungen, geistige Eigentumsrechte und so genannte handelsbezogene Themen müssen ausgenommen bleiben, falls die AKP-Staaten diese Bereiche nicht verhandeln wollen. Den AKP-Staaten muss das Recht eingeräumt werden, sich bei den Verhandlungen auf Bereiche zu beschränken, in denen sie die Konkurrenz der EU verkraften können. Es müssen Abkommen vereinbart werden, die der Entwicklung der AKP-Staaten dienen und ihre sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Menschenrechte schützen.

Einige Abgeordnete, darunter möglicherweise auch Sie, haben auf diese Postkarten geantwortet und sind mit BürgerInnen ins Gespräch gekommen. Wir möchten Ihnen für ihre Antworten danken und freuen uns, dass auf diese Weise ein Dialog zwischen Bürger/innen und Politiker/innen über ein so wichtiges entwicklungspolitisches Thema wie die EPAs entstanden ist.

Schließlich möchten wir Sie auf ein Ausschussgespräch im AWZ hinweisen, das Ihnen die Möglichkeit gibt, die Problematik der EPAs mit drei Amtskolleg/innen aus den AKP-Staaten zu diskutieren. Am 4. März von 14:00 bis 15:00 Uhr werden Catherine Kimura aus Kenia, Vorsitzende des Handelsausschusses der East African Legislative Assembly (EALA), Given Lubinda aus Sambia, Vorsitzender des Wirtschafts- und Finanzausschusses des sambischen Parlaments und Mary Sakala, ebenfalls aus Sambia, Milchbäuerin und Vorsitzende des ostafrikanischen Bauernnetzwerks ESAFF, im Ausschuss zu Gast sein.

Wir hoffen, dass der Bundestag die anstehende Befassung mit den EPAs für eine gründliche Prüfung der entwicklungspolitischen Auswirkungen dieser Abkommen nutzen wird. Eine Studie, die für das Commonwealth Secretariat¹ das Karibik-EPA analysiert, kommt unter anderem zu dem Ergebnis, dass ohne nationale Folgenabschätzungen keine Aussagen über die tatsächliche Wirkung der EPAs – positiv wie negativ - getroffen werden können. Auch der UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung, Prof. Olivier de Schutter, hat vor einer möglichen Ratifizierung von EPAs umfassende menschenrechtliche Wirkungsanalysen eingefordert.

Nicht zuletzt wegen der schon zu beobachtenden Auswirkungen der Ernährungs-, Finanz- und Wirtschaftskrise auf die AKP-Staaten halten wir es für dringend erforderlich, die Ratifizierung der EPAs auszusetzen, bis die strittigen und problematischen Aspekte der Abkommen aller Verhandlungsgruppen geklärt, entsprechende nationale Wirkungsanalysen durchgeführt und die Abkommen von den AKP-Staaten unterzeichnet worden sind. Zu viel steht auf dem Spiel.

Falls Sie Interesse haben, mit uns ins Gespräch zu kommen, oder Sie weitere Informationen wünschen, stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen im Namen der StopEPA-Kampagne

Dieter Simon

Bielefeld/Berlin den 27. Februar 2009

FIAN
www.fian.de

Armin Paasch

a.paasch@fian.de

Germanwatch
www.germanwatch.org

Kerstin Lanje
Tobias Reichert

lanje@germanwatch.org
reichert@germanwatch.org

KASA
www.kasa.woek.de

Boniface Mabanza

boniface.mabanza@woek.de

KOSA
www.kosa.org

Dieter Simon

dieter.simon@kosa.org

Oxfam
www.oxfam.de

David Hachfeld

d.hachfeld@oxfam.de

terre des hommes
www.tdh.de

Dr. Klaus Schilder

k.schilder@tdh.de

1